

## Bündnis Salzgitter gegen Konrad

AG Schacht Konrad e.V., BUND Salzgitter, Bündnis 90/Die Grünen Salzgitter, DGB Salzgitter, Ev. Kirchengemeinde St. Lukas, Ev.-luth. Propstei Salzgitter-Bad, Feldinteressentschaft Salzgitter-Bleckenstedt, Frauen für den Frieden, Ev. Friedenskirchengemeinde, IG-Metall Salzgitter, JUSOS Salzgitter, PDS Salzgitter, SPD-Unterbezirk-SZ, Wilhelm Schmidt (ehem.MdB), NABU Salzgitter, Nieders. Landvolk SZ, Söltersche gegen Konrad, Umweltschutzforum Schacht Konrad e.V., Ver-di



**Kontakt: c/o IG Metall Salzgitter  
Chemnitzer Str. 33, 38226 Salzgitter  
05341/8844-25, fax -20, ina.biethan@igmetall.de**



Salzgitter, 18. Mai 2007

## Pressemitteilung

Kein Geld für Konrad!

### **Bündnis ruft zur Protest-Demo gegen den Umbau der Schachanlage Konrad zum Endlager auf**

Anläßlich des für Montag kurzfristig von Bundesumweltminister Gabriel eingeladenen Informationsgespräches zum geplanten Umbau von Schacht Konrad zum atomaren Endlager, reagiert das Bündnis Salzgitter gegen Konrad mit dem Aufruf zu einer groß angelegten Protestaktion am 13. Oktober diesen Jahres.

In einem offenen Brief begründet das Bündnis die Ablehnung des Informationsgespräches und stellt eindeutige Forderungen an die Politik. „Grundsätzlich sind wir zu Gesprächen bereit, aber an dieser Stelle sind nicht wir die Ansprechpartner, sondern die Politik. Statt sich hinter das Gerichtsurteil zu stellen, erwarten wir eine eindeutige Positionierung der Politik im Sinne eines Schutzes der Bevölkerung“, erklärt Ina Biethan, Sprecherin des Bündnisses. Durch das Urteil seien die bemängelten Sicherheitsrisiken keinesfalls ausgeräumt und der gesamten Region drohe künftig eine permanente atomare Niedrigstrahlung und Schlimmeres. „Statt weiterhin Gelder in den Umbau von Konrad zu pumpen und dadurch weitere Fakten zu schaffen, während noch juristische Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht laufen, soll die Politik lieber ihre Hausaufgaben machen“, ärgert sich Walter Traube, Kläger gegen Konrad.

Das Bündnis Salzgitter gegen Konrad fordert in seinem Schreiben erneut die flächendeckende Einleitung der gesellschaftlichen Diskussion über das nationale Konzept der Endlagerung, die Gestaltung des Standortsuchverfahrens und die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen dieses Verfahrens, sowie die Diskussion über die anzuwendenden Endlagerkriterien und die Möglichkeiten eines Ein-Endlager-Konzeptes. Es fordert zudem ein Standortsuchverfahren, das alle Arten radioaktiver Abfälle und neben dem Standort Gorleben, das Endlagerprojekt Schacht Konrad sowie alle potentiellen Standorte in Deutschland ergebnisoffen einbezieht. Eine Vorfestlegung auf Konrad durch die Einleitung des Umbaus steht dem entgegen.

Das Bündnis weist in seinem Schreiben an den Bundesumweltminister ausdrücklich darauf hin, daß nach den katastrophalen Erfahrungen mit dem Forschungsendlager Asse 2 dringend ein Umdenken nötig ist. „Angesichts der Ereignisse in der Asse

wissen wir zumindest, daß wir nichts wissen. Das eine Faß kriegen sie nicht dicht und gleich nebenan wollen sie ein zweites aufmachen“, meint Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad im Bezug auf die Frage des sicheren Umgangs mit radioaktiven Abfällen.

„Die Lebensbedingungen von Hunderttausenden sollen dem wirtschaftlichen Interesse an einem Endlager geopfert werden – nicht mit uns!“ kommentiert Wolfgang Räschke, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Salzgitter, den Aufruf zur Protestdemo am 13. Oktober.

Anlage: Offener Brief an Bundesumweltminister Gabriel